

Das IFG als Rechercheinstrument

**Wie Journalist:innen und Bürger:innen das IFG
nutzen können**

Workshop 2. IFG Days in Stuttgart, 7.10.2021

Dr. Manfred Redelfs

Netzwerk Recherche e.V.

Recherche-Team Greenpeace e.V.



Informationsfreiheit und Auskunftsrechte

Auskunftsrechte Guide

Verfahrensregeln: Was ist auf welche Art
zugänglich?

Reader: Auskunftsrechte kennen und nutzen

10 Fragen und 10 Antworten zum IFG

Praxistipps und Vergleich mit dem Presserecht

Der lange Weg zur Transparenz

> IFG-Bundesgesetz

> IFG-Landesgesetze

> Transparenzgesetz für Baden-Württemberg

Informationsfreiheit und Auskunftsrechte

Informationsfreiheitsgesetz: Nutzen!

Seit Anfang 2006 müssen sich alle Bundesbehörden mehr Transparenz gefallen lassen: Am 1. Januar ist das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Kraft getreten, das jedem Bürger den Zugang zu Behördeninformationen ermöglicht. Zusammen mit anderen Organisationen hatte sich das Netzwerk Recherche für diese Reform eingesetzt, u.a. durch die Präsentation eines eigenen Gesetzentwurfs.

Wer in Zukunft wissen möchte, welche Gutachten ein Ministerium in Auftrag gegeben hat oder was bei der vom Innenministeriums bestellten Untersuchung über die Sicherheitsstandards der neuen Reisepässe herausgekommen ist, kann sich unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz direkt an die Behörden wenden. Das IFG schafft für die Bundesbehörden den alten Grundsatz der "Amtsverschwiegenheit" ab und setzt an seine Stelle das Prinzip der Transparenz: Grundsätzlich sind alle Behördeninformationen öffentlich, es sei

Fragestellung

- Warum die Recherche mit IFG sich lohnt – auch für Journalistinnen und Journalisten
- Anwendungsbeispiele
- Tipps zum Vorgehen
- Fragen aus der Runde

Landespressegesetz

§ 4 Landespressegesetz Baden-Württemberg:

- „Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen.“
- Form und Frist: kann die Behörde entscheiden, solange dies “sachgerecht” geschieht
- Folge: kein Anspruch auf Akteneinsicht!

IFG Baden-Württemberg

- Anspruch für jeden Bürger, jede Bürgerin
- keine bestimmte Antragsform (E-Mail, Telefon...)
- keine Antragsbegründung nötig
- Zugang zu “amtlichen Informationen” öffentlicher Stellen sowie Firmen, die unter der Kontrolle der Behörden öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Müllabfuhr, Wasserversorgung u.ä.)
- Antragsteller kann Form der Informationserteilung bestimmen (mündliche Auskunft, Akteneinsicht, Mail...)

Recherche mit dem IFG - Beispiele zur Inspiration



- Die folgenden Fallbeispiele sind bundesweit zusammengetragen – aber das Antragsprinzip bleibt gleich und lässt sich auf die eigenen Interessen übertragen

17. März 2021, 18:03 Uhr Corona-Pandemie

Das große Maskengeschenk an die Apotheker

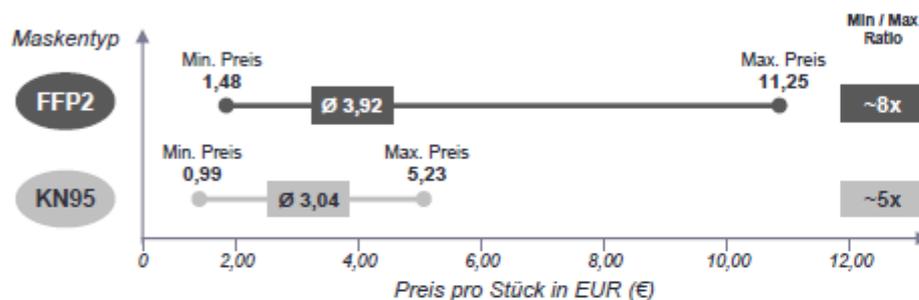


Die Steuerzahler kostet die Verteilung kostenloser FFP-2-Masken in Apotheken wie hier in Kleve mehr als zwei Milliarden Euro. (Foto: Markus van Offern/Imago)

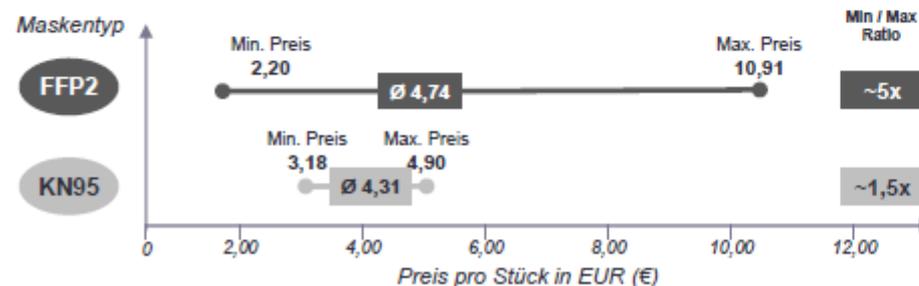
Preisberechnung Ernst & Young

Die Endkundenpreise für FFP2 und KN95 Masken bewegen sich im Handel im Durchschnitt bei 3,92 € und 3,04€, bei Apotheken etwa 4,74€ und 4,31€

EINZELHANDEL: Min-Max-Preisspannen und Durchschnittspreise von FFP2 und KN95 Masken in Deutschland in EUR (Stichprobe 23/24.11.2020, N=39)



APOTHEKEN: Min-Max-Preisspannen und Durchschnittspreise von FFP2 und KN95 Masken in Deutschland in EUR (Stichprobe 23/24.11.2020, N=13)



Quelle: EY Preisanalyse (idealo.de, geizhals und Versandapotheken)

Endkundenpreise von FFP2 / KN95 Masken in Deutschland

Insgesamt wurden für die Stichprobe der Endkundenpreise 52 Masken von Fachhändlern und Apotheken (inkl. Versandapotheken) in Betracht gezogen

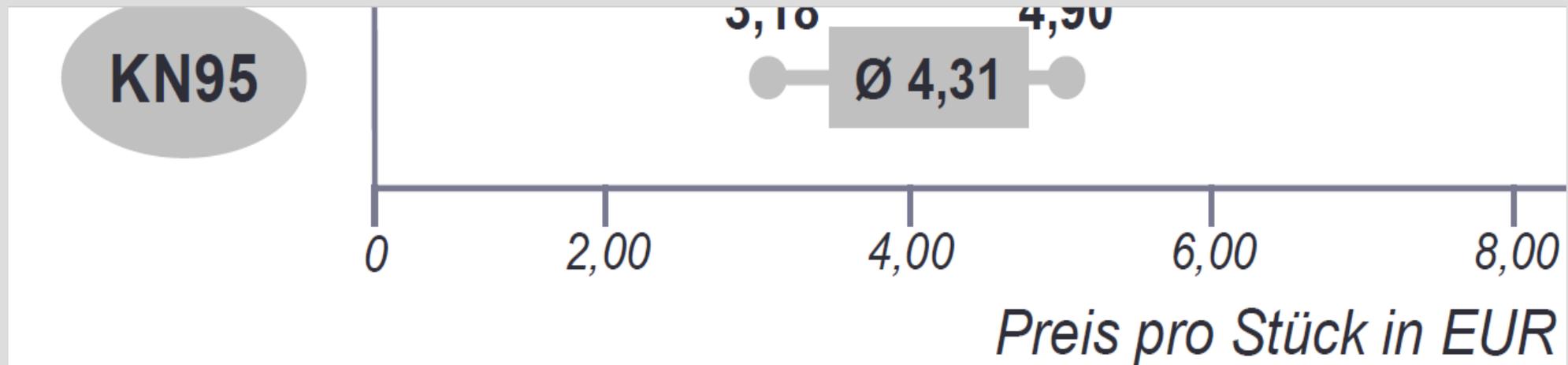
Im Handel sind FFP2, sowie KN95 sehr gut verfügbar, die Preise schwanken jedoch sehr, aufgrund unterschiedlicher Qualitätsstandards

- Unterschiedliche Marktanbieter (Hersteller, Vertriebsorganisationen, Onlinehändler, sowie private Händler) vertreiben seit Beginn der Pandemie Atemschutzmasken direkt aus China oder Hong Kong zu überhöhten Preisen mit unterschiedlichen Qualitätsstandards und teilweise nicht verifizierbaren bzw. gefälschten Zertifikaten.
- Aufgrund dieses hohen Angebots an partikelfiltrierenden Atemschutzmasken FFP2 und KN95 kommt es zu einer breiten Preisverteilung.

Apotheken (inkl. Versandapotheken) vertreiben FFP2 und KN95 Masken zu höheren Preisen, weisen jedoch nachweislich Zertifizierung und Prüfberichte vor

- Die Preise für partikelfiltrierenden Atemschutzmasken sind in Apotheken durchgehend teurer als im Einzelhandel (FFP2: +17,3% / KN95: +29,5%)
- Der Durchschnittspreise liegen bei 4,74€ (FFP2) und 4,31€ (KN95), während die Preisspannen bei FFP2 Masken vergleichbar weit auseinander gehen, wie bei den Endkundenpreisen aus dem Einzelhandel
- Bei der Recherche war eine eingeschränkte Verfügbarkeit von KN95 Masken in den Apotheken zu beobachten und die Preisen bewegen sich zwischen 3,18€ und 4,90€.

Interessante Quellen....



Quelle: EY Preisanalyse (idealo.de, geizhals und Versandapotheken)



Bearbeitet von: Andreas Brandhorst (Tel.: 2383)/Daniela Maaß (Tel. 2341)

Termin: Sofort

Vorlage an

Herrn Minister

Über:

Frau Unterabteilungsleiterin 2
Frau Abteilungsleiterin 2
Herrn Staatssekretär
Frau Abteilungsleiterin L

per Mail am 04.11., HM

Leitungsregistratur
2/216
Kb 4/11v. 2020
Op 4/11
04. Nov. 2020
Ausg.

Ich spreche am 5. 11. mit JMW über die Hochskalierung der inländischen Produktion

Nachrichtlich: *VA*

Frau PST'in Weiss
Herrn PSt Dr. Gebhart
L 1

L 2
und (bitte ankreuzen)

L 7 / L 8 / Z 25
 L 2

Referate Abteilung Z Beschaffungstab, 115, 123, 218, 222, 223, 225, 611 haben mitgezeichnet.

Betreff: Versorgung von Versicherten mit FFP2-Schutzmasken

Bezug: Anforderung von Herrn Minister vom 31. Oktober 2020

I. **Votum**

Nein, sollte an Kompetenz

- Verzicht auf Verordnungsfähigkeit von FFP2-Schutzmasken zum aktuellen Zeitpunkt

Evaluierung aus AA

II. **Sachverhalt**

Ansichts des Infektionsgeschehens im Rahmen der Corona-Pandemie wird gefordert, be-

Rolling Stones im Stadtpark: Wie viel Geld bekam der Bezirk? A+



Der damalige Leiter des Bezirksamts Hamburg-Nord Harald Rösler (SPD) begutachtet die Festwiese im Stadtpark nach dem Open-Air-Konzert der Rolling Stones.

Foto: Marcelo Hernandez / HA



Die CDU-Fraktion will das Bezirksamt dazu bringen, die Gebühren, die Hamburg-Nord für das Open-Air-Konzert bekam, offenzulegen.

Stones-Konzert: Amt will Vertragsveröffentlichung prüfen A+



Ron Wood, Mick Jagger, Charlie Watts und Keith Richards (l-r) beim Konzert am 09.09.2017 in Hamburg.

Foto: dpa





Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord

Zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg

Kümmellstraße 7, 20249 Hamburg

- nachstehend „Hamburg“ genannt -

und

FKP Scorpio Konzertproduktionen GmbH

Große Elbstraße 277a, 22767 Hamburg

- nachstehend „Veranstalter“ genannt -

wird gemäß § 4 Absatz 2 des Gesetzes über Grün- und Erholungsanlagen in der Fassung vom 18. Oktober 1957, zuletzt geändert am 15. Februar 2011 (HmbGVBl. S. 73, 75), folgender

öffentlich-rechtlicher Vertrag

geschlossen:

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Durchführung eines Konzertes der Band „Rolling Stones“ im Rahmen der „STONES - NO FILTER“ Tour auf der Festwiese des Hamburger Stadtparks einschließlich der erforderlichen Auf- und Abbauarbeiten.

- (2) Der (genehmigte) Veranstaltungsaufbau ist in der beigefügten Skizze im Maßstab

§ 3 Nutzungsentgelt

- (1) Für die mit diesem Vertrag eingeräumten Nutzungsrechte zahlt der Veranstalter ein einmaliges Nutzungsentgelt, welches sich wie folgt berechnet:

1. Nutzungsentgelt (14 Tage x 14.000 €)	196.000 €
2. Vorbereitungspauschale	<u>9.000 €</u>
	205.000 €

- (2) In Abhängigkeit von der Anzahl der verkauften Tickets zahlt der Veranstalter eine zusätzliche Belastungsentschädigung i.H.v. 10.000 € je angefangener 5.000 verkaufter Tickets, die über 55.000 hinausgehen. Das maximal zu entrichtende Entgelt beträgt 255.000 € (bei mehr als 75.000 Tickets). Der Veranstalter wird Hamburg über die Anzahl der verkauften Eintrittskarten spätestens am 24.08.2017 unterrichten.
- (3) Vor Beginn des Veranstaltungsaufbaus hinterlegt der Veranstalter eine Sicherheitsleistung in Höhe von 250.000 € zur Abdeckung möglicher Wiederherstellungskosten (siehe § 7). Eine Bankbürgschaft zu Gunsten Hamburgs ist ausreichend. Sie muss bis zum 31.07.2018 einen Betrag von 250.000 € abdecken. Danach kann sie bis zum 31.07.2020 auf 50.000 € abgesenkt werden.
- (5) Das vereinbarte Nutzungsentgelt in Höhe von 255.000 EUR wird unmittelbar nach Vertragsunterzeichnung auf das Konto des Bezirksamtes Hamburg-Nord [REDACTED] [REDACTED] unter Angabe der Vertragsgegenstandsnummer [REDACTED] eingezahlt. Gleiches gilt für die Hinterlegung einer Bar-Kaution durch den Veranstalter, die Hamburg in Höhe von 200.000 € am 01.08.2018 und in Höhe von 50.000 € am 01.08.2020 an den Veranstalter zurückzahlen hat, abzüglich etwaiger berechtigter Gegenansprüche von Hamburg. Die Bankbürgschaft ist beim Bezirksamt Hamburg-Nord, Ressourcenabteilung, Kümmellstraße 7, 20249, einzureichen. Bei Zahlungsverzug ist Hamburg berechtigt, Verzugszinsen in Höhe von 5 % über dem bei Eintritt des Verzuges geltenden Basiszinssatz zu erheben.



Glyphosat-Entscheidung

Schmidts Alleingang war offenbar vorbereitet

Stand: 28.11.2017 16:00 Uhr



Das deutsche Ja zur Glyphosat-Verlängerung ist offenbar monatelang vorbereitet worden. Im Agrarministerium wurde nach Informationen von WDR, NDR und SZ schon im Sommer vorgeschlagen, dafür zu stimmen - auch gegen den Widerstand des Umweltministeriums. CSU-Chef Seehofer war wohl eingeweiht.

Von Lena Kampf und Elisa Simantke, WDR

Im Bundeslandwirtschaftsministerium wurde schon lange darauf gedrungen, der Glyphosat-Verlängerung in der EU im Alleingang zuzustimmen. Das ergibt sich aus internen Unterlagen, die WDR, NDR und "Süddeutsche Zeitung" (SZ) einsehen konnten.

VIDEO



Der Kommentar von Thomas Kreuzmann, ARD Berlin, zum Glyphosat-Streit

tagesthemen 22:15 Uhr, 28.11.2017 | video

VIDEO

Schmidts Alleingang sorgt für Empörung,

Der Kampf gegen Ebola

Wie sich die freiwilligen Seuchenhelfer vorbereiten und was frühere Ausbrüche lehren **Angst und Erfahrung** · SEITE 6, 7, 29–32

zenith
fotopreis
2014

MUSLIME IN
DEUTSCHLAND

3.500,- € Preisgeld
Erstveröffentlichung
30. November
2014

www.zenith-thorndike.de/deutsch/Verlag.html

taz.am wochenende

AUSGABE WEST | NR. 10147 | 43. WOCHE | 36. JAHRGANG | € 3,50 AUFLAND | € 3,20 DEUTSCHLAND | SONNABEND/SONNTAG, 25./26. OKTOBER 2014



Foto: [Montage], Arnold Weinger/istockphoto.com



60143

TAZ
MUSL
SEIN

Die Tageszeitung wird ermöglicht durch 14,14% Gewerbesteuer, die in die Preisgestaltung einfließen. Info unter gewerbesteuer.de oder 030-26 90 12 13

Abonnement 030-26 90 26 90
Fax 030-26 90 26 90
Anzeigen 030-26 90 12 13
Kleinanzeigen 030-26 90 12 13

Vertrieb 030-26 90 12 13
Kundendienst 030-26 90 12 13
Fax der Redaktion 030-26 90 12 13
Fax des Internets 030-26 90 12 13
facebook.com/tazkompass

Donna Carmen e.V.

3. Frankfurter Prostitutionstage (7. - 9. Nov. 2014)

Programm & Anmeldung:
www.donnacarmen.de -
Tel. 069 - 7675 2880

Nicht doch



Das ist ein gutverleibter Hügel in einer gutverleibten Landschaft. Darauf ruht eine schwarze Fahne. Menschen laufen dort herum. Aus der Ferne wirken sie winzig. Plötzlich erblicke ich eine Rose, eine nach der anderen, um sofort zu grauem Rauch zu werden und zu verschwinden. Die Menschen sind verschwunden. Selbst bei beständigem, diese Kriegsbilder aus Kobani. Als sehe man dabei zu, wie gefährliche Inszenen ausgerollt werden. Mal ist die US Luftwaffe „optisch“, mal „optisch“. Die Bilder bleiben, was sie sind. Gewaltpornografie.

Der stärkste Satz
„Ich höre nicht gut, ich laufe nicht gut, aber sonst geht es mir blendend.“

Essen

Kann Kochen die Welt retten?

Der berühmteste Food-Philosoph der USA im Gespräch

· SEITE 24, 25

KONTEXT: WOCHENZEITUNG

Asyl Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) wagt sich an eine Reform

24.10.2014, 12:10 Uhr | von Sebastian Heiser

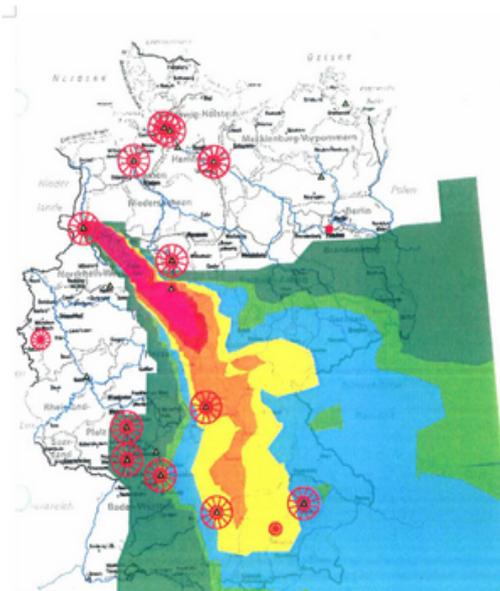
Der Super-GAU

Von Sebastian Heiser

Am 17. September 2013 wurden die Krisenstäbe von Bund und Ländern einberufen. Die mehr als 200 Mitarbeiter wussten, dass es nur eine Übung ist – aber sie sollten so tun, als müssten sie gerade eine reale Reaktorkatastrophe im AKW Emsland bewältigen: Wird die Bevölkerung evakuiert? Werden Jodtabletten verteilt? Welche Noverordnungen treten in Kraft? Und wann wird die Öffentlichkeit informiert?

Bisher war nicht öffentlich bekannt, dass es die Übung überhaupt gab. Die taz veröffentlicht jetzt mehr als 1.000 Seiten mit internen Dokumenten. Sie zeigen, wie Behörden auf einen Super-GAU reagieren, Minute für Minute. Und sie belegen gravierende Mängel, verursacht durch Kommunikationsprobleme und unklare Zuständigkeiten – die bis heute, ein Jahr nach der Übung, noch nicht geklärt sind.

- Das Protokoll: [Was am Tag X passiert](#)
- Analyse: [Warum das System zur Bewältigung eines Super-GAU nicht funktioniert](#)
- Fallbeispiel: [Wie Berlin den Strahlenschutz vernachlässigt](#)



Bei der Übung wird ein Störfall im AKW Emsland simuliert. Die radioaktive Wolke breitet sich mit dem Wind in Richtung Südost aus. In den roten und orangefarbenen Gebiete werden die Kühe so stark verstrahlt, dass man ihre Milch nicht mehr trinken darf. *Quelle: BMU*

RECHERCHEBLOG



SCHLAGWÖRTER

Berlin Gutachten Informationsfreiheit Schule Schulinspektionsberichte Wasserverträge

KATEGORIEN

[Allgemein](#)

KALENDER

OKTOBER 2014

M	D	M	D	F	S	S
		1	2	3	4	5
6	7	8	9	10	11	12

Wer hat die Amtskette gesponsort?

- 5.200 EUR von drei Sponsoren für die neue Amtskette des Bürgermeisters – doch wer hat bezahlt?





Stigmatisierung von Schulen droht

Behörde publiziert Gewaltzahlen

Weil die „Bild“-Zeitung Druck machte, nennt Ties Rabe alle Schulen, an denen es zu gefährlicher Körperverletzung kam.



Gewalt an Schulen: Im Hamburg gab es von Januar 2013 bis April 2014 rund 44 gemeldete Vorfälle. Bild: dpa

Nord/Hamburg

25. 05. 2014

KAIJA KUTTER

Redakteurin taz-Hamburg



HAMBURG taz | SPD-Schulsenator Ties Rabe hat eine Liste der Schulen vorlegt, die von Januar 2013 bis April 2014 eine gefährliche Körperverletzung meldeten. Insgesamt gab es 44 Vorfälle an 32 Schulen. Eine Schule meldete vier Taten, eine andere drei, die anderen Meldungen verteilen sich relativ gleichmäßig auf die übrigen Standorte. Einen Anstieg gab es nicht. In 2012 wurden 49 Fälle gemeldet.

Bundestagsverwaltung

[op-online.de](#) > [Nachrichten](#) > [Politik](#) > [Welche Abgeordneten bestellen teure Füller? - Journ](#)

Wer bestellte Füller? - Journalist verklagt Bundestag

7



11.11.10 | Politik | FACEBOOK

[Artikel drucken](#) | [Artikel empfehlen](#) | Schrift /

Berlin - Teure Schreibgeräte im Wert von fast 70 000 Euro haben Bundestagsabgeordnete auf Staatskosten bestellt. Ein Journalist zog jetzt vor Gericht, weil er wissen will, welche Politiker sich diesen Luxus leisten.



Agrarsubventionen NRW

Name/Betrieb	Straße	PLZ	Ort	Gesamtbeihilfe
Landgard Obst & Gemüse GmbH & Co. K	Raiffeisenstr. 10	53332	Bornheim	3.770.810,73
Campina GmbH & Co. KG	Geldernstraße 35	50739	Köln	2.439.106,45
		46395	Bocholt	929.610,70
		59872	Meschede	745.407,34
Humana	Münsterstr. 31	48351	Everswinkel	699.464,33
Landwirtschaftskammer NRW	Nevinghoff 40	48147	Münster	480.854,68
RWE Power AG, Rekultivierung Landwi	Friedrich-Ebert-Str. 104	50374	Erftstadt	472.314,97
Stadt Euskirchen	Kölner Str. 75	53879	Euskirchen	456.602,24
		52459	Inden	337.012,93
		52538	Gangelt	336.739,40
NRW, Landwirtschaftskammer	Endenicher Allee 60	53115	Bonn	322.342,50
DENKAVIT, Futtermittel GmbH	Katzheide 4	48231	Warendorf	298.136,01
Leyen - Nesselrode GbR	Schloß Langwaden 2	41516	Grevenbroich	263.985,60
Hans Brocker KG	Im Fließ 14	47877	Willich	251.037,15
TG Langenhorst-Temming	Esking 5	48727	Billerbeck	249.031,50
Metternich-Ratibor-Corvey KG	Schloß Corvey 4	37671	Höxter	245.971,67
Unilever Deutschland GmbH	Aeckern 1	48734	Reken	243.665,57



FOTO: FRANK SORGE/IMAGO

Das Vermögen der Besitzerin von Gut Schlenderhan, Baronin Karin von Ullmann, wird auf 4,1 Milliarden Euro geschätzt. Ihr gehört das vermutlich größte Privatgestüt der Welt

Fragen zur Antragsvorbereitung

- Was genau will ich wissen?
 - Kern der benötigten Information
- Welche Behörde oder öffentliche Stelle verfügt über die Information? Was ist schon online?
- Für Journalisten: Hilft es, zunächst auf der Basis des Landespressegesetzes oder informell anzufragen, ob die Stelle über die Infos verfügt und ggf. in welcher Form?
- Genügt eine mündliche Auskunft oder ist Akteneinsicht zwingend?

Fragen zur Antragsvorbereitung

- Wieviel Zeit steht für die Recherche zur Verfügung? (Landespressegesetz oft schneller als IFG)
- Auf der Grundlage überlegen, welches Gesetz das beste für den verfolgten Zweck ist
- Antrag ggf. in mehrere Fragen splitten, um Ausschlussgründe zu minimieren (vom Allgemeinen zum Speziellen zuspitzen, u.U. mit nicht personalisierten Strukturinfos starten)

Falls es Probleme gibt

- “Sollbruchstellen” überlegen: Falls die Behörde mit Ausschlussgründen kommt (Datenschutz, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse), auf was kann ggf. verzichtet werden, ohne den journalistischen Nutzen in Frage zu stellen?
- Mit den Behördenmitarbeitern austauschen, ggf. auf pragmatische Lösungen jenseits eines formalisierten Antragsverfahrens verständigen – oder Antrag präzisieren, falls zu umfangreich

Falls es Probleme gibt

- Landesbeauftragter für Informationsfreiheit ist zugleich Ombudsstelle:
 - Kostenlose Beratung über die Rechtslage
 - Vermittlung bei Konflikten mit Behörden



"I'll quit when it stops being fun."

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt für Rückfragen:

Dr. Manfred Redelfs

Mail: manfred.redelfs@greenpeace.de

The Greenpeace logo consists of the word "GREENPEACE" in a white, bold, sans-serif font, centered within a solid green rectangular background.

GREENPEACE

The logo for "nr netzwerk recherche" features the lowercase letters "nr" in a white, stylized, serif font. To the right of "nr", the words "netzwerk" and "recherche" are stacked vertically in a white, sans-serif font, all contained within a black rectangular background.

nr netzwerk
recherche